

<b>Beschlussvorlage</b>	Datum: 25.08.2016
Entscheidendes Gremium: <b>Bürgerschaft</b>	fed. Senator/-in: S 3, Steffen Bockhahn
	bet. Senator/-in: S 2, Dr. Chris Müller
Federführendes Amt: Amt für Jugend und Soziales	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter: Amt für Flüchtlingsangelegenheiten und Integration Finanzverwaltungsamt Zentrale Steuerung	
<b>Bewilligung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Teilhaushalt 50 des Amtes für Jugend und Soziales in Höhe von 26.220.300 EUR im Deckungskreis 5501 Ergebnishaushalt und im Finanzhaushalt Deckungskreis 7501 in Höhe von 26.720.300 EUR sowie Bewilligung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen für die Maßnahme 503150099990099 in Höhe von 415.100 EUR</b>	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
15.09.2016	Finanzausschuss
12.10.2016	Bürgerschaft
Zuständigkeit	
Vorberatung	
Entscheidung	

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Aufwendungen im Ergebnishaushalt Teilhaushalt 50 in Höhe von 26.220.300 EUR, zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Finanzhaushalt Teilhaushalt 50 in Höhe von 26.720.300 EUR sowie für Investitionen in der Maßnahme 503150099990099 in Höhe von 415.100 EUR wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Produktsachkonten PSK erteilt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen entsprechend der in der Anlage 2 aufgeführten Produktsachkonten. Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Auszahlungen im Teilhaushalt 50 in Höhe von 415.100 EUR im Finanzhaushalt 2016 für die Investitionsmaßnahmenummer 503150099990099 – Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften – wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Produktsachkonten erteilt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinzahlungen entsprechend dem in der Anlage 2 aufgeführten Produktsachkonto.

#### **Beschlussvorschriften:**

§§20 (4), 50 Kommunalverfassung für das Land M-V i. V. mit § 6 (4) Hauptsatzung

#### **Sachverhalt:**

Wie in den Anlagen 1 und 2 detailliert aufgelistet, wird zur Finanzierung der gesetzlichen Leistungen nach SGB II, V, VIII, XII und Asylbewerberleistungsgesetz im Haushaltsjahr 2016 eine überplanmäßige Bewilligung notwendig. Gemäß § 17 SGB I sind die Leistungsträger verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass jeder Berechtigte die ihm zustehenden

Sozialleistungen fristgerecht und vollumfänglich erhält. Der örtliche Träger hat eine fristgerechte Auszahlung sicherzustellen. Damit sind im November 2016 die Auszahlungen mit Fälligkeit 01. Dezember 2016 und im Dezember 2016 die Auszahlungen mit Fälligkeit 01. Januar 2017 zu veranlassen.

In der Analyse der Mehrbedarfe wurden Aufwendungen in Höhe von 26.220.300 EUR und Auszahlungen in Höhe von 27.135.400 EUR produktsachkontengenau prognostiziert. Davon entfallen in den Aufwendungen 16.834.400 EUR und in den Auszahlungen 17.749.500 EUR auf Leistungen für Asylbewerber. Insgesamt 5.225.000 EUR entfallen als Aufwendungen und Auszahlungen auf Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer. Weitere 4.160.900 EUR fallen für weitere Sozialleistungen an.

Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation und der bis zum Anfang des Jahres 2016 kontinuierlich andauernden Flüchtlingszuströme in der Hansestadt Rostock ist die Anzahl der Asylbewerber um ein Vielfaches angestiegen. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung war ein damit einhergehend starker Anstieg der Sozialausgaben nicht vorherzusehen.

Gemäß Kindertagesförderungsgesetz M-V (KiföG M-V) ist die bedarfsgerechte Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege zu gewährleisten. Insgesamt entfallen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 3.009.600 EUR auf Leistungen nach dem Kindertagesförderungsgesetz M-V. Die Aufwendungen und Auszahlungen beinhalten unter anderem Auswirkungen einer steigenden Inanspruchnahme von Betreuungsangeboten sowie steigenden Betreuungskosten.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Im Teilhaushalt 50 können Mehraufwendungen in Höhe von 26.220.300 EUR durch Mehrerträge in Höhe von 26.220.300 EUR und Mehrauszahlungen in Höhe von 27.135.400 EUR durch Mehreinzahlungen in Höhe von 27.135.400 EUR gedeckt werden. Diese Mittel stehen nicht mehr zu weiteren Haushaltsverbesserungen zur Verfügung.

in Vertretung

Dr. Chris Müller  
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung  
und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

#### **Anlagen:**

- \* Anlage 1 - Mehraufwendungen/Mehrauszahlungen
- \* Anlage 2 – Mehrerträge/Mehreinzahlungen

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
TH 50	Amt für Jugend und Soziales			
31107	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)			
55312600 / 75312600	Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger SGB XII	704.400 €	704.400 €	<b>unabweisbar:</b> Pflichtaufgabe der Grundsicherung nach §41 ff. SGB XII <b>unvorhersehbar:</b> Aufgrund der BSG-Entscheidung zur Regelbedarfsstufe 3 vom 31.März 2015, welche zum Planzeitpunkt nicht vorhersehbar war, sowie bedingt durch die Regelsatzerhöhung zum Jahreswechsel 2015/2016 (von 399 EUR auf 404 EUR (+ 5 EUR) in der Regelbedarfsstufe 1) ist in der Haushaltsdurchführung 2016 von 100% <u>erstattungsfähigen</u> Mehraufwendungen/-auszahlungen auszugehen.
31302	Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)			
55711117 / 75711117	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse (Taschengeld)	807.600 €	807.600 €	<b>unabweisbar:</b> Bei der Leistungserbringung nach § 3 AsylbLG handelt es sich um eine Pflichtaufgabe. <b>unvorhersehbar:</b> Dem Ansatz für die Doppelhaushaltsplanung 2015/ 2016 wurde das Niveau des Fallbestandes von 2013/ 2014 mit durchschnittlich 315 Bedarfsgemeinschaften aus leistungsberechtigten Personen nach dem AsylbLG zu Grunde gelegt. Der im September 2015 einsetzende und bis Ende des 1. Quartals 2016 anhaltende Asylbewerberzustrom war nicht vorhersehbar, so dass der geplante Ansatz für das Jahr 2016 von durchschnittlich 315 Bedarfsgemeinschaften um ein vielfaches überschritten wird. Nach einem sinkendem Fallbestand im 2. Quartal werden aktuell stagnierende Fallzahlen bis Ende des Jahres angenommen. Eine detaillierte Aussage über die Entwicklung der Fallzahlen bis Jahresende und dem damit verbundenen Leistungsaufkommen nach § 3 AsylbLG kann allerdings nicht getroffen werden, da die weiteren politischen Entwicklungen nicht vorhersehbar sind.
55711118 / 75711118	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Zusatzleistungen	1.286.200 €	1.286.200 €	
55711119 / 75711119	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Kosten für Unterkunft und Heizung (dezentrale Unterkunftskosten/ Mietkaution)	1.306.100 €	1.306.100 €	
55711141 / 75711141	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - soziale Betreuung für dezentral untergebrachte Asylbewerber mit Erstattung	560.000 €	560.000 €	
55712115 / 75712115	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb von Einrichtungen - Sachleistungen	850.000 €	850.000 €	
55712117 / 75712117	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb von Einrichtungen - Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse (Taschengeld)	204.700 €	204.700 €	
55712118 / 75712118	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Zusatzleistungen	330.800 €	330.800 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>31500</b>	<b>Soziale Einrichtungen</b>			
52290081 / 72290081	Betriebskosten Miete - GU Satower Str.	1.121.000 €	1.121.000 €	<p><b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FIAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.</p> <p><b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden.</p> <p>Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht.</p> <p>In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.</p> <p>Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.</p> <p>In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet.</p> <p>Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.</p>
52290082 / 72290082	Betriebskosten Miete - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	68.000 €	68.000 €	
52290083 / 72290083	Betriebskosten Miete - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	765.000 €	894.000 €	
52290084 / 72290084	Betriebskosten Miete - NU Universitätsplatz 3	245.000 €	245.000 €	
52290085 / 72290085	Betriebskosten Miete - Hotel Garni	365.000 €	365.000 €	
52290086 / 72290086	Betriebskosten Miete - GU Bonhoeffer Straße	605.000 €	655.000 €	
52290087 / 72290087	Betriebskosten Miete - NU Langenort 10/11	140.000 €	140.000 €	
52290088 / 72290088	Betriebskosten Miete - NU Industriestraße 12	55.000 €	75.000 €	
52290089 / 72290089	Betriebskosten Miete - NU Möllner Straße 11	148.000 €	148.000 €	
52381081 / 72381081	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - GU Satower Str.	40.000 €	40.000 €	
52381082 / 72381082	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	1.000 €	1.000 €	
52381083 / 72381083	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	47.000 €	47.000 €	
52381086 / 72381086	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - GU Bonhoeffer Straße	25.000 €	35.000 €	
52381088 / 72381088	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Industriestraße 12	2.000 €	2.000 €	
52381089 / 72381089	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Möllner Straße 11	40.000 €	40.000 €	
55321881 / 75321881	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - GU Satower Str.	440.000 €	440.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55321882 / 75321882	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	13.800 €	13.800 €	<p><b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FIAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.</p> <p><b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden. Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht. In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.</p> <p>Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant. In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet. Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.</p>
55321883 / 75321883	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	400.000 €	400.000 €	
55321884 / 75321884	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Universitätsplatz 3 (Uni Physik)	830.000 €	830.000 €	
55321886 / 75321886	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - GU Bonhoeffer Straße	254.000 €	254.000 €	
55321888 / 75321888	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Industriestraße 12	795.000 €	795.000 €	
55321889 / 75321889	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Möllner Straße 11	362.000 €	362.000 €	
55321981 / 75321981	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - GU Satower Str.	30.000 €	86.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55321986 / 75321986	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - GU Bonhoeffer Straße	7.000 €	7.000 €	<b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.
55321987 / 75321987	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - NU Langenort 10/11	157.500 €	157.500 €	<b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden.
55321989 / 75321989	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - NU Möllner Straße 11	121.000 €	121.000 €	Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht.
76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte		33.000 €	In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.
56290081 / 76290081	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - GU Satower Str.	25.000 €	39.000 €	Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.
56290082 / 76290082	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	140.000 €	171.000 €	In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet.
56290083 / 76290083	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	798.000 €	838.000 €	Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.
56290084 / 76290084	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Universitätsplatz 3 (Uni Physik)	420.000 €	537.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
56290085 / 76290085	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - Hotel Garni	60.000 €	60.000 €	<b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.
56290086 / 76290086	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - GU Bonhoeffer Straße	575.000 €	575.000 €	<b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden. Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht.
56290087 / 76290087	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Langenort 10/11	420.000 €	420.000 €	In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.
56290088 / 56290088	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Industriestraße 12	580.000 €	580.000 €	Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.
56290089 / 76290089	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Möllner Straße 11	1.393.700 €	1.393.700 €	In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet. Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>36101</b>	<b>Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)</b>			
55520010/ 75520010	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Förderung Kindertagesbetreuung	2.450.600 €	2.450.600 €	<b>unabweisbar:</b> §3 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurde zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für die Kindertagesförderung in Einrichtungen von insgesamt durchschnittlich 13.000 Kindern ausgegangen, die Ermittlung des Planwertes erfolgte in Abhängigkeit von Betreuungsart und -umfang. Neuere Prognosen gehen von durchschnittlich 13.141 zu betreuenden Kindern aus. Weiterhin wurden im Laufe des Jahres diverse Entgelte für Kindertagesbetreuung mit den freien Trägern neu verhandelt bzw. durch die Schiedsstelle festgelegt. Diese Entgeltsteigerungen wirken sich direkt aus.
55520030 / 75520030	Leistungen innerhalb von Einrichtungen - (voll- und teilstationär) - Ausweitung pädagogische Arbeit	273.500 €	273.500 €	<b>unabweisbar:</b> §10 Abs. 4 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> In diesem PSK werden die Aufwendungen in Bezug auf die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und die durch die Erhöhung des Zeitumfangs für die mittelbare pädagogische Arbeit entstehenden Mehrkosten veranschlagt und gebucht. Die Aufwendungen entstehen in Höhe der entsprechenden Zuweisungen durch das Land M-V, sie sind an die Kindertageseinrichtungen weiterzuleiten. Zum Zeitpunkt der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016 war die Zuweisungshöhe für die Jahre 2015 und 2016 nicht bekannt. Deshalb wurde die Höhe des Haushaltsansatzes aufbauend auf die Zuweisung von 2014 unter Berücksichtigung einer erwarteten Erhöhung aufgrund der Verbesserung des Personalschlüssels, die sich auch auf die mittelbare pädagogische Arbeit auswirkt, entwickelt.
55619030 / 75619030	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen - Verpflegungskosten	92.400 €	92.400 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 6 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der erwarteten höheren durchschnittlichen Anzahl von zu betreuenden Kindern gegenüber der der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Anzahl werden steigende Aufwendungen für die Übernahme von Verpflegungskosten erwartet.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55619040 / 75619040	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen - anteilige Entlastung von Elternbeiträgen für Kinder unter 3 Jahren	118.400 €	118.400 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 5 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für monatlich durchschnittlich 1.658 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 175 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Entlastung von Elternbeiträgen sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Bedarfsmeldung im Jahr 2016 wurden für monatlich durchschnittlich 1.700 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 260 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Elternentlastung sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung prognostiziert, im Ergebnis daraus waren zu diesem Zeitpunkt Mehraufwendungen in Höhe von 118.400 EUR zu erwarten. Für Mehraufwendungen erhält die Hansestadt Rostock im Jahr 2016 vom Land M-V Zuweisungen in gleicher Höhe.
55619050 / 75619050	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen anteilige Entlastung von Elternbeiträgen für Kinder deren voraussichtlichem Eintritt in die Schule	74.700 €	74.700 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 5 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für monatlich durchschnittlich 959 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 100 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Entlastung von Elternbeiträgen sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Bedarfsmeldung im Jahr 2016 wurden für monatlich durchschnittlich 920 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 160 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Elternentlastung sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung prognostiziert, im Ergebnis daraus waren zu diesem Zeitpunkt Mehraufwendungen in Höhe von 74.700 EUR zu erwarten. Für Mehraufwendungen erhält die Hansestadt Rostock im Jahr 2016 vom Land M-V Zuweisungen in gleicher Höhe.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
TH 50	Amt für Jugend und Soziales			
36303	Hilfen zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)			
55525261 / 75525261	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Heimeinrichtungen (§ 34 SGB VIII) - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	3.900.000 €	3.900.000 €	<b>unabweisbar:</b> §§ 27ff SGB VIII <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der Flüchtlingssituation ab Sommer 2015 und der damit einhergehenden Leistungsgewährung für unbegleitete minderjährige Ausländer entstehen der Hansestadt Rostock Aufwendungen für Heimerziehung bzw. betreutes Wohnen nach § 34 SGB VIII. Hierfür wurden im laufe des Jahres 2015, nach der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016, die entsprechenden Produktsachkonten eröffnet. Aufwendungen für diese Leistungen waren im Haushaltsplan nicht berücksichtigt.
55525263 / 75525263	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Betreutes Wohnen (§ 34 SGB VIII) - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	735.000 €	735.000 €	
55523261 / 75523261	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) Heimeinrichtungen § 34 SGB VIII	446.900 €	446.900 €	
36305	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)			
55515060 / 75515060	Leistungen außerhalb von Einrichtungen - Bereitschaftspflege - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	90.000 €	90.000 €	<b>unabweisbar:</b> §42 SGB VIII <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der Flüchtlingssituation ab Sommer 2015 und der damit einhergehenden Leistungsgewährung für unbegleitete minderjährige Ausländer entstehen der Hansestadt Rostock Aufwendungen für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nach § 42 SGB VIII. Hierfür wurden im laufe des Jahres 2015, nach der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016, die entsprechenden Produktsachkonten eröffnet. Aufwendungen für diese Leistungen waren im Haushaltsplan nicht berücksichtigt.
55525050 / 75525050	Leistungen innerhalb von Einrichtungen - (voll- und teilstationär) - Inobhutnahme - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	500.000 €	500.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>31500</b>	<b>Soziale Einrichtungen</b>			
<b>Investition 5031500999</b>	<b>Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften</b>			
<b>90099</b>				
78560000	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen		267.000 €	<b>unabweisbar:</b> GUVU M-V und Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015 <b>unvorhersehbar:</b> Für den Bereich der Investitionstätigkeit sind für die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte und der Wohnungen bereits 382.500 EUR bereitgestellt worden. Ein Betrag von 336.424,45 EUR wurde bereits verausgabt. Da zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht feststand, welche Einrichtungen mit welcher Platzzahl in diesem Jahr in Betrieb genommen werden, fallen weitere Auszahlungen an. Die Ausstattung richtet sich nach der Verordnung über Mindestanforderungen an Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften vom 6. Juli 2001 (GUVU M-V). Über die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte mit Videoüberwachungsanlagen gilt der Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015. Die Beschaffungen nach diesen Grundlagen und weitere Beschaffungen werden mit dem Landesamt für innere Verwaltung abgestimmt
78571000	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 410 €		36.500 €	
78572000	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens unter der Wertgrenze von 410 €		111.600 €	
<b>Gesamtsumme in EUR</b>		<b>26.220.300 €</b>	<b>27.135.400 €</b>	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
31107	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung			
42321001 / 62321001	Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger SGB XII	704.400 €	704.400 €	Die Planung erfolgt nach Einschätzung entsprechend der Mehraufwendungen in der Grundsicherung. Die Erstattung der Mehraufwendungen und Mehrausgaben zu 100% ist im § 46a SGB XII geregelt.
31201	Bedarf für Unterkunft und Heizung (§ 22, 27 Abs. 3 SGB II)			
40541000 / 60541000	Leistungen des Landes aus der Umsetzung Hartz IV	2.637.000 €	2.641.400 €	Gemäß § 10 AG-SGB II erhalten die kommunalen Träger jährlich vom Land Mecklenburg-Vorpommern Zuweisungen. Im Produktsachkonto 31201.40541000 wird der Landesanteil der Einsparungen beim Wohngeld geplant. Die Verteilung der Mittel an die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt nach einem prozentualen Anteil der Bedarfsgemeinschaften, welche im Vorjahr Leistungen nach dem SGB II erhalten haben. Der Prognose liegt die Berechnung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern über die Höhe der zu erwartenden Zuweisungsmittel für 2016 zzgl. der Wohngeldeinsparung Land (2.522.455,17 EUR / siehe Runderlass der Sozialabteilung 10/2016) zu Grunde.
31209	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II			
42610010 / 62610010	Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	690.600 €	690.600 €	Nachzahlung/ Verrechnung aus 2015 (690.682,53 EUR / s. Runderlass 11/2016 Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern)
31302	Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)			
42311000/ 62311000	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen - überörtlicher Träger - des Landes	5.238.500 €	5.238.500 €	Aufgrund der eingeschätzten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist derzeit davon auszugehen, dass circa 98% der Gesamtaufwendungen und -auszahlungen erstattet werden.
31500	Soziale Einrichtungen			
42311000/ 62311000	Kostenbeteiligung und Kostenerstattungen im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen - überörtlicher Träger - des Landes	11.258.200 €	11.753.800 €	Aufgrund der eingeschätzten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist derzeit davon auszugehen, dass circa 98% der Gesamtaufwendungen und -auszahlungen erstattet werden.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
36101	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)			
41442074 / 61442074	Zuweisung vom Land- Ausweitung pädagogische Arbeit	273.500 €	273.500 €	Gemäß § 18 Abs. 3 KiföG stellt das Land Mecklenburg - Vorpommern zur Deckung der Mehrkosten, welche in Folge der Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und der Erhöhung des Zeitumfangs für die mittelbare pädagogische Arbeit für Kinder in Kindergärten (3 Jahre bis zum Schuleintritt) entstehen, einen gesetzlich festgeschriebenen Zuweisungsbetrag zur Verfügung. Der Haushaltsansatz wurde unter Berücksichtigung der Zuweisung des Vorjahres sowie der Rechtsänderung ab 01.08.2015 hinsichtlich der Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation in Kindertageseinrichtungen ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt gebildet. Die landesweit bereitgestellten Zuweisungen werden nach einem Verteilungsschlüssel an die kreisfreien Städte und Landkreise vergeben.
41442079 / 41442079	Zuweisung vom Land - Entlastung von Elternbeiträgen für die Förderung unter dreijähriger Kinder	118.400 €	118.400 €	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ist auf der Grundlage der voraussichtlichen Anzahl zu betreuender Kinder im Alter bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres sowie von Erfahrungen aus Vorjahren die voraussichtliche Zuweisung eingeschätzt worden. Die Beantragung der Zuweisung erfolgte erst innerhalb des Haushaltsjahres 2015.
41442080 / 61442080	Zuweisung vom Land - Entlastung von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern im letzten Jahr vor deren vorraussichtlichen Eintritt in die Schule	74.700 €	74.700 €	Gemäß § 18 Abs. 3 KiföG M - V gewährt das Land eine Zuweisung zur Finanzierung der anteiligen Elternentlastung für Kinder im letzten Jahr vor dem voraussichtlichen Eintritt in die Schule, die in Höhe des voraussichtlichen Bedarfes gezahlt werden. Den voraussichtlichen Aufwendungen für diese Leistungen (vgl. 36101.55619050) folgend wurde Zuweisung entsprechend veranschlagt.
36303	Hilfen zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)			
42411500 / 62411500	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe überörtlicher Träger des Landes - umA	4.635.000 €	4.635.000 €	Aufwendungen und Auszahlungen die ein örtlicher Jugendhilfeträger für die Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) aufbringt werden über den § 89 d SGB VIII vom überörtlichen Träger (hier KSV M-V) erstattet.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
36305	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)			
42411500 / 62411500	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe überörtlicher Träger des Landes - umA	590.000 €	590.000 €	Aufwendungen und Auszahlungen die ein örtlicher Jugendhilfeträger für die Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) aufbringt werden über den § 89 d SGB VIII vom überörtlichen Träger (hier KSV M-V) erstattet.
31500 Investition 5031500999 90099	Soziale Einrichtungen Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften			
68166200	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land		415.100 €	Die Ausstattung richtet sich nach der Verordnung über Mindestanforderungen an Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften vom 6. Juli 2001 (GUVO M-V). Über die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte mit Videoüberwachungsanlagen gilt der Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015. Die Beschaffungen nach diesen Grundlagen und weitere Beschaffungen werden mit dem Landesamt für innere Verwaltung abgestimmt und vom Land erstattet.
Gesamtsumme in EUR		26.220.300 €	27.135.400 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
TH 50	Amt für Jugend und Soziales			
31107	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)			
55312600 / 75312600	Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger SGB XII	704.400 €	704.400 €	<b>unabweisbar:</b> Pflichtaufgabe der Grundsicherung nach §41 ff. SGB XII <b>unvorhersehbar:</b> Aufgrund der BSG-Entscheidung zur Regelbedarfsstufe 3 vom 31.März 2015, welche zum Planzeitpunkt nicht vorhersehbar war, sowie bedingt durch die Regelsatzerhöhung zum Jahreswechsel 2015/2016 (von 399 EUR auf 404 EUR (+ 5 EUR) in der Regelbedarfsstufe 1) ist in der Haushaltsdurchführung 2016 von 100% <u>erstattungsfähigen</u> Mehraufwendungen/-auszahlungen auszugehen.
31302	Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)			
55711117 / 75711117	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse (Taschengeld)	807.600 €	807.600 €	<b>unabweisbar:</b> Bei der Leistungserbringung nach § 3 AsylbLG handelt es sich um eine Pflichtaufgabe. <b>unvorhersehbar:</b> Dem Ansatz für die Doppelhaushaltsplanung 2015/ 2016 wurde das Niveau des Fallbestandes von 2013/ 2014 mit durchschnittlich 315 Bedarfsgemeinschaften aus leistungsberechtigten Personen nach dem AsylbLG zu Grunde gelegt. Der im September 2015 einsetzende und bis Ende des 1. Quartals 2016 anhaltende Asylbewerberzustrom war nicht vorhersehbar, so dass der geplante Ansatz für das Jahr 2016 von durchschnittlich 315 Bedarfsgemeinschaften um ein vielfaches überschritten wird. Nach einem sinkendem Fallbestand im 2. Quartal werden aktuell stagnierende Fallzahlen bis Ende des Jahres angenommen. Eine detaillierte Aussage über die Entwicklung der Fallzahlen bis Jahresende und dem damit verbundenen Leistungsaufkommen nach § 3 AsylbLG kann allerdings nicht getroffen werden, da die weiteren politischen Entwicklungen nicht vorhersehbar sind.
55711118 / 75711118	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Zusatzleistungen	1.286.200 €	1.286.200 €	
55711119 / 75711119	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Kosten für Unterkunft und Heizung (dezentrale Unterkunftskosten/ Mietkaution)	1.306.100 €	1.306.100 €	
55711141 / 75711141	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - soziale Betreuung für dezentral untergebrachte Asylbewerber mit Erstattung	560.000 €	560.000 €	
55712115 / 75712115	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb von Einrichtungen - Sachleistungen	850.000 €	850.000 €	
55712117 / 75712117	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb von Einrichtungen - Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse (Taschengeld)	204.700 €	204.700 €	
55712118 / 75712118	Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz außerhalb von Einrichtungen - Zusatzleistungen	330.800 €	330.800 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>31500</b>	<b>Soziale Einrichtungen</b>			
52290081 / 72290081	Betriebskosten Miete - GU Satower Str.	1.121.000 €	1.121.000 €	<p><b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FIAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.</p> <p><b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden.</p> <p>Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht.</p> <p>In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.</p> <p>Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.</p> <p>In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet.</p> <p>Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.</p>
52290082 / 72290082	Betriebskosten Miete - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	68.000 €	68.000 €	
52290083 / 72290083	Betriebskosten Miete - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	765.000 €	894.000 €	
52290084 / 72290084	Betriebskosten Miete - NU Universitätsplatz 3	245.000 €	245.000 €	
52290085 / 72290085	Betriebskosten Miete - Hotel Garni	365.000 €	365.000 €	
52290086 / 72290086	Betriebskosten Miete - GU Bonhoeffer Straße	605.000 €	655.000 €	
52290087 / 72290087	Betriebskosten Miete - NU Langenort 10/11	140.000 €	140.000 €	
52290088 / 72290088	Betriebskosten Miete - NU Industriestraße 12	55.000 €	75.000 €	
52290089 / 72290089	Betriebskosten Miete - NU Möllner Straße 11	148.000 €	148.000 €	
52381081 / 72381081	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - GU Satower Str.	40.000 €	40.000 €	
52381082 / 72381082	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	1.000 €	1.000 €	
52381083 / 72381083	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	47.000 €	47.000 €	
52381086 / 72381086	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - GU Bonhoeffer Straße	25.000 €	35.000 €	
52381088 / 72381088	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Industriestraße 12	2.000 €	2.000 €	
52381089 / 72381089	Geringwertige Geräte, Ausstattungs-, Ausrüstungs- und sonstige Gebrauchsgegenstände - NU Möllner Straße 11	40.000 €	40.000 €	
55321881 / 75321881	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - GU Satower Str.	440.000 €	440.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55321882 / 75321882	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	13.800 €	13.800 €	<p><b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FIAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.</p> <p><b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden. Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht. In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.</p> <p>Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant. In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet. Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.</p>
55321883 / 75321883	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	400.000 €	400.000 €	
55321884 / 75321884	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Universitätsplatz 3 (Uni Physik)	830.000 €	830.000 €	
55321886 / 75321886	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - GU Bonhoeffer Straße	254.000 €	254.000 €	
55321888 / 75321888	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Industriestraße 12	795.000 €	795.000 €	
55321889 / 75321889	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber - NU Möllner Straße 11	362.000 €	362.000 €	
55321981 / 75321981	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - GU Satower Str.	30.000 €	86.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55321986 / 75321986	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - GU Bonhoeffer Straße	7.000 €	7.000 €	<p><b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.</p> <p><b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden. Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht. In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird. Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.</p> <p>In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet. Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.</p>
55321987 / 75321987	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - NU Langenort 10/11	157.500 €	157.500 €	
55321989 / 75321989	Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger nach SGB XII - Betreuungskosten an Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber ohne Erstattung - NU Möllner Straße 11	121.000 €	121.000 €	
76290010	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte		33.000 €	
56290081 / 76290081	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - GU Satower Str.	25.000 €	39.000 €	
56290082 / 76290082	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Warnow Enn 1 (Feuerwache See)	140.000 €	171.000 €	
56290083 / 76290083	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU An der Jägerbäk 3 (HWBR)	798.000 €	838.000 €	
56290084 / 76290084	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Universitätsplatz 3 (Uni Physik)	420.000 €	537.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
56290085 / 76290085	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - Hotel Garni	60.000 €	60.000 €	<b>unabweisbar:</b> Gem. § 53 Asylgesetz (AsylG) sollen Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FLAG) besteht eine Verpflichtung der Kommunen ausreichend Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Für die Aufnahme der gestiegenen Anzahl von Asylbewerbern standen keine ausreichende Anzahl an Unterkünften bereit, sodass der Verpflichtung zur Bereitstellung von zusätzlichen Unterkünften nachgekommen werden muss.
56290086 / 76290086	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - GU Bonhoeffer Straße	575.000 €	575.000 €	<b>unvorhersehbar:</b> Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 bestand lediglich eine Gemeinschaftsunterkunft in der Hansestadt Rostock. Die Unterkunft in der Satower Straße hatte eine Kapazität von 296 Plätzen. Durch die stark gestiegene Zuweisung von Asylbewerbern mussten weitere Unterkünfte, sowohl Gemeinschafts- als auch Notunterkünfte bereitgestellt werden. Bereits zum 01.01.2016 bestand in der Satower Straße eine Kapazität von 340 Plätzen, die nochmal zum 01.06.2016 erhöht wurde. Darüber hinaus wurden drei Notunterkünfte und zwei weitere Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet. Auch in der für durchreisende Flüchtlinge angemieteten Halle in der Industriestraße wurden aufgrund mangelnder Kapazitäten in anderen Unterkünften Asylbewerber untergebracht.
56290087 / 76290087	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Langenort 10/11	420.000 €	420.000 €	In der Unterkunft Möllner Straße wurde aus einem ehemaligen Studentenwohnheim bereits das Haus 3 in Betrieb genommen. Das ehemalige Gymnasium in der Bonhoeffer Straße hat seine maximale Kapazität von 171 Plätzen erreicht. Das ehemalige Gebäude der Hanseatische Weiterbildungs- und Beschäftigungsgemeinschaft Rostock (HWBR) in der Straße An der Jägerbäk als Notunterkunft wird vermutlich über das Jahr 2016 hinaus nicht betrieben. Auch die innerstädtische Notunterkunft in einem Gebäude der Universität Rostock wird im Laufe des Jahres 2016 den Betrieb einstellen. Die laufenden Kosten sind daher nur bis zum Ende September einkalkuliert, während mit Aufwendungen für die Wiederherstellung der Gebäude gerechnet wird.
56290088 / 56290088	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Industriestraße 12	580.000 €	580.000 €	Die Gemeinschaftsunterkunft Langenort wird voraussichtlich in diesem Jahr in Betrieb genommen. Neben der bereits laufenden Bewachung des Objektes wird anteilig die Betreuung des Objektes geplant.
56290089 / 76290089	Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten - Aufwendungen für Dienstleistungen durch Dritte - NU Möllner Straße 11	1.393.700 €	1.393.700 €	In der Industriestraße sind nach dem Rückgang der durchreisenden Flüchtlinge übergangsweise vornehmlich neu zugewiesene Asylsuchende untergebracht. Ein Großteil der dort in 2016 verursachten Kosten wird daher dem Produkt 31500 zugeordnet. Als wesentliche Aufwendungen und Auszahlungen fallen bei den Unterkünften Gebäudekosten wie Herrichtung und Instandhaltung, Miete und Nebenkosten, Kosten für die Betreuung inkl. sozialer Betreuung, Bewachung und bei neu einzurichtenden Objekten Ausstattung mit Kleinteilen an.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>36101</b>	<b>Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)</b>			
55520010/ 75520010	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Förderung Kindertagesbetreuung	2.450.600 €	2.450.600 €	<b>unabweisbar:</b> §3 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurde zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für die Kindertagesförderung in Einrichtungen von insgesamt durchschnittlich 13.000 Kindern ausgegangen, die Ermittlung des Planwertes erfolgte in Abhängigkeit von Betreuungsart und -umfang. Neuere Prognosen gehen von durchschnittlich 13.141 zu betreuenden Kindern aus. Weiterhin wurden im Laufe des Jahres diverse Entgelte für Kindertagesbetreuung mit den freien Trägern neu verhandelt bzw. durch die Schiedsstelle festgelegt. Diese Entgeltsteigerungen wirken sich direkt aus.
55520030 / 75520030	Leistungen innerhalb von Einrichtungen - (voll- und teilstationär) - Ausweitung pädagogische Arbeit	273.500 €	273.500 €	<b>unabweisbar:</b> §10 Abs. 4 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> In diesem PSK werden die Aufwendungen in Bezug auf die Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und die durch die Erhöhung des Zeitumfangs für die mittelbare pädagogische Arbeit entstehenden Mehrkosten veranschlagt und gebucht. Die Aufwendungen entstehen in Höhe der entsprechenden Zuweisungen durch das Land M-V, sie sind an die Kindertageseinrichtungen weiterzuleiten. Zum Zeitpunkt der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016 war die Zuweisungshöhe für die Jahre 2015 und 2016 nicht bekannt. Deshalb wurde die Höhe des Haushaltsansatzes aufbauend auf die Zuweisung von 2014 unter Berücksichtigung einer erwarteten Erhöhung aufgrund der Verbesserung des Personalschlüssels, die sich auch auf die mittelbare pädagogische Arbeit auswirkt, entwickelt.
55619030 / 75619030	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen - Verpflegungskosten	92.400 €	92.400 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 6 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der erwarteten höheren durchschnittlichen Anzahl von zu betreuenden Kindern gegenüber der der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Anzahl werden steigende Aufwendungen für die Übernahme von Verpflegungskosten erwartet.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
55619040 / 75619040	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen - anteilige Entlastung von Elternbeiträgen für Kinder unter 3 Jahren	118.400 €	118.400 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 5 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für monatlich durchschnittlich 1.658 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 175 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Entlastung von Elternbeiträgen sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Bedarfsmeldung im Jahr 2016 wurden für monatlich durchschnittlich 1.700 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 260 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Elternentlastung sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung prognostiziert, im Ergebnis daraus waren zu diesem Zeitpunkt Mehraufwendungen in Höhe von 118.400 EUR zu erwarten. Für Mehraufwendungen erhält die Hansestadt Rostock im Jahr 2016 vom Land M-V Zuweisungen in gleicher Höhe.
55619050 / 75619050	Kostenbeteiligung innerhalb von Einrichtungen anteilige Entlastung von Elternbeiträgen für Kinder deren voraussichtlichem Eintritt in die Schule	74.700 €	74.700 €	<b>unabweisbar:</b> §21 Abs. 5 KiföG M-V <b>unvorhersehbar:</b> Für den Doppelhaushalt 2015/ 2016 wurden zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für monatlich durchschnittlich 959 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 100 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Entlastung von Elternbeiträgen sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung veranschlagt. Zum Zeitpunkt der Bedarfsmeldung im Jahr 2016 wurden für monatlich durchschnittlich 920 Kinder in Ganztagsbetreuung und für durchschnittlich 160 Kinder in Teilzeitbetreuung eine anteilige Elternentlastung sowie eine teilweise anteilige Elternentlastung prognostiziert, im Ergebnis daraus waren zu diesem Zeitpunkt Mehraufwendungen in Höhe von 74.700 EUR zu erwarten. Für Mehraufwendungen erhält die Hansestadt Rostock im Jahr 2016 vom Land M-V Zuweisungen in gleicher Höhe.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
TH 50	Amt für Jugend und Soziales			
36303	Hilfen zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)			
55525261 / 75525261	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Heimeinrichtungen (§ 34 SGB VIII) - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	3.900.000 €	3.900.000 €	<b>unabweisbar:</b> §§ 27ff SGB VIII <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der Flüchtlingssituation ab Sommer 2015 und der damit einhergehenden Leistungsgewährung für unbegleitete minderjährige Ausländer entstehen der Hansestadt Rostock Aufwendungen für Heimerziehung bzw. betreutes Wohnen nach § 34 SGB VIII. Hierfür wurden im laufe des Jahres 2015, nach der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016, die entsprechenden Produktsachkonten eröffnet. Aufwendungen für diese Leistungen waren im Haushaltsplan nicht berücksichtigt.
55525263 / 75525263	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) - Betreutes Wohnen (§ 34 SGB VIII) - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	735.000 €	735.000 €	
55523261 / 75523261	Leistungen innerhalb von Einrichtungen (voll- und teilstationär) Heimeinrichtungen § 34 SGB VIII	446.900 €	446.900 €	<b>unabweisbar:</b> Schiedsstellenverfahren vom 11.03.2016 <b>unvorhersehbar:</b> Die Hansestadt Rostock befand sich seit 2014 mit dem DRK in Verhandlungen zum Entgelt. Aufgrund des langanhaltenden Schiedsstellenverfahrens sind geänderte Entgelte rückwirkend zu 01.09.2014 nachzuzahlen.
36305	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)			
55515060 / 75515060	Leistungen außerhalb von Einrichtungen - Bereitschaftspflege - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	90.000 €	90.000 €	<b>unabweisbar:</b> §42 SGB VIII <b>unvorhersehbar:</b> Infolge der Flüchtlingssituation ab Sommer 2015 und der damit einhergehenden Leistungsgewährung für unbegleitete minderjährige Ausländer entstehen der Hansestadt Rostock Aufwendungen für vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen nach § 42 SGB VIII. Hierfür wurden im laufe des Jahres 2015, nach der Planung des Doppelhaushaltes 2015/ 2016, die entsprechenden Produktsachkonten eröffnet. Aufwendungen für diese Leistungen waren im Haushaltsplan nicht berücksichtigt.
55525050 / 75525050	Leistungen innerhalb von Einrichtungen - (voll- und teilstationär) - Inobhutnahme - unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)	500.000 €	500.000 €	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	überplanmäßig zu bewilligender Betrag		Begründung der vorgesehenen Mehraufwendungen/ Mehrauszahlungen
		Ergebnishaushalt Aufwand	Finanzhaushalt Auszahlung	
<b>TH 50</b>	<b>Amt für Jugend und Soziales</b>			
<b>31500</b>	<b>Soziale Einrichtungen</b>			
<b>Investition 5031500999</b>	<b>Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften</b>			
<b>90099</b>				
78560000	Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen		267.000 €	<b>unabweisbar:</b> GUVU M-V und Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015 <b>unvorhersehbar:</b> Für den Bereich der Investitionstätigkeit sind für die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte und der Wohnungen bereits 382.500 EUR bereitgestellt worden. Ein Betrag von 336.424,45 EUR wurde bereits verausgabt. Da zum Zeitpunkt der Bewilligung noch nicht feststand, welche Einrichtungen mit welcher Platzzahl in diesem Jahr in Betrieb genommen werden, fallen weitere Auszahlungen an. Die Ausstattung richtet sich nach der Verordnung über Mindestanforderungen an Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften vom 6. Juli 2001 (GUVU M-V). Über die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte mit Videoüberwachungsanlagen gilt der Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015. Die Beschaffungen nach diesen Grundlagen und weitere Beschaffungen werden mit dem Landesamt für innere Verwaltung abgestimmt
78571000	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens über der Wertgrenze von 410 €		36.500 €	
78572000	Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens unter der Wertgrenze von 410 €		111.600 €	
<b>Gesamtsumme in EUR</b>		<b>26.220.300 €</b>	<b>27.135.400 €</b>	

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
31107	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung			
42321001 / 62321001	Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger SGB XII	704.400 €	704.400 €	Die Planung erfolgt nach Einschätzung entsprechend der Mehraufwendungen in der Grundsicherung. Die Erstattung der Mehraufwendungen und Mehrausgaben zu 100% ist im § 46a SGB XII geregelt.
31201	Bedarf für Unterkunft und Heizung (§ 22, 27 Abs. 3 SGB II)			
40541000 / 60541000	Leistungen des Landes aus der Umsetzung Hartz IV	2.637.000 €	2.641.400 €	Gemäß § 10 AG-SGB II erhalten die kommunalen Träger jährlich vom Land Mecklenburg-Vorpommern Zuweisungen. Im Produktsachkonto 31201.40541000 wird der Landesanteil der Einsparungen beim Wohngeld geplant. Die Verteilung der Mittel an die Landkreise und kreisfreien Städte erfolgt nach einem prozentualen Anteil der Bedarfsgemeinschaften, welche im Vorjahr Leistungen nach dem SGB II erhalten haben. Der Prognose liegt die Berechnung des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern über die Höhe der zu erwartenden Zuweisungsmittel für 2016 zzgl. der Wohngeldeinsparung Land (2.522.455,17 EUR / siehe Runderlass der Sozialabteilung 10/2016) zu Grunde.
31209	Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II			
42610010 / 62610010	Beteiligung des Bundes für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5	690.600 €	690.600 €	Nachzahlung/ Verrechnung aus 2015 (690.682,53 EUR / s. Runderlass 11/2016 Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern)
31302	Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)			
42311000/ 62311000	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen - überörtlicher Träger - des Landes	5.238.500 €	5.238.500 €	Aufgrund der eingeschätzten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist derzeit davon auszugehen, dass circa 98% der Gesamtaufwendungen und -auszahlungen erstattet werden.
31500	Soziale Einrichtungen			
42311000/ 62311000	Kostenbeteiligung und Kostenerstattungen im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen - überörtlicher Träger - des Landes	11.258.200 €	11.753.800 €	Aufgrund der eingeschätzten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist derzeit davon auszugehen, dass circa 98% der Gesamtaufwendungen und -auszahlungen erstattet werden.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
36101	Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)			
41442074 / 61442074	Zuweisung vom Land- Ausweitung pädagogische Arbeit	273.500 €	273.500 €	Gemäß § 18 Abs. 3 KiföG stellt das Land Mecklenburg - Vorpommern zur Deckung der Mehrkosten, welche in Folge der Absenkung des Fachkraft-Kind-Verhältnisses und der Erhöhung des Zeitumfangs für die mittelbare pädagogische Arbeit für Kinder in Kindergärten (3 Jahre bis zum Schuleintritt) entstehen, einen gesetzlich festgeschriebenen Zuweisungsbetrag zur Verfügung. Der Haushaltsansatz wurde unter Berücksichtigung der Zuweisung des Vorjahres sowie der Rechtsänderung ab 01.08.2015 hinsichtlich der Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation in Kindertageseinrichtungen ab vollendetem dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt gebildet. Die landesweit bereitgestellten Zuweisungen werden nach einem Verteilungsschlüssel an die kreisfreien Städte und Landkreise vergeben.
41442079 / 41442079	Zuweisung vom Land - Entlastung von Elternbeiträgen für die Förderung unter dreijähriger Kinder	118.400 €	118.400 €	Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ist auf der Grundlage der voraussichtlichen Anzahl zu betreuender Kinder im Alter bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres sowie von Erfahrungen aus Vorjahren die voraussichtliche Zuweisung eingeschätzt worden. Die Beantragung der Zuweisung erfolgte erst innerhalb des Haushaltsjahres 2015.
41442080 / 61442080	Zuweisung vom Land - Entlastung von Elternbeiträgen für die Förderung von Kindern im letzten Jahr vor deren vorraussichtlichen Eintritt in die Schule	74.700 €	74.700 €	Gemäß § 18 Abs. 3 KiföG M - V gewährt das Land eine Zuweisung zur Finanzierung der anteiligen Elternentlastung für Kinder im letzten Jahr vor dem voraussichtlichen Eintritt in die Schule, die in Höhe des voraussichtlichen Bedarfes gezahlt werden. Den voraussichtlichen Aufwendungen für diese Leistungen (vgl. 36101.55619050) folgend wurde Zuweisung entsprechend veranschlagt.
36303	Hilfen zur Erziehung (§§ 27 - 35 SGB VIII)			
42411500 / 62411500	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe überörtlicher Träger des Landes - umA	4.635.000 €	4.635.000 €	Aufwendungen und Auszahlungen die ein örtlicher Jugendhilfeträger für die Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) aufbringt werden über den § 89 d SGB VIII vom überörtlichen Träger (hier KSV M-V) erstattet.

Teilhaushalt/ Produktsachkonto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Begründung der Mehrerträge/ Mehreinzahlungen
		Mehrertrag	Mehreinzahlung	
36305	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen (§ 42 SGB VIII)			
42411500 / 62411500	Kostenbeteiligung und Kostenerstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe überörtlicher Träger des Landes - umA	590.000 €	590.000 €	Aufwendungen und Auszahlungen die ein örtlicher Jugendhilfeträger für die Versorgung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) aufbringt werden über den § 89 d SGB VIII vom überörtlichen Träger (hier KSV M-V) erstattet.
31500 Investition 5031500999 90099	Soziale Einrichtungen Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften			
68166200	Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom öffentlichen Bereich vom Land		415.100 €	Die Ausstattung richtet sich nach der Verordnung über Mindestanforderungen an Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften vom 6. Juli 2001 (GUVO M-V). Über die Ausstattung der Gemeinschaftsunterkünfte mit Videoüberwachungsanlagen gilt der Erlass des Ministeriums für Inneres und Sport vom 18.09.2015. Die Beschaffungen nach diesen Grundlagen und weitere Beschaffungen werden mit dem Landesamt für innere Verwaltung abgestimmt und vom Land erstattet.
Gesamtsumme in EUR		26.220.300 €	27.135.400 €	